

Eddersheim, 31.10.2015

PRESSEMITTEILUNG

Es ist eine seltsame Sache, welchen Stellenwert der Fluglärm in unserer Stadt hat. Die Mehrzahl der Hattersheimer Bürger, fühlt sich nicht betroffen. Einige fühlen sich gestört und belastet, glauben aber daran eh nichts ändern zu können und stecken wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand. Wenige, meist stark Betroffene, sind aktiv und agieren gegen die Verursacher.

Zu welcher Art von Menschen die Hattersheimer Stadtparlamentarier der Fraktionen SPD, CDU, FDP und FWG gehören, konnte nun der Vorstand der BfU-Eddersheim feststellen.

Nach fast einem halben Jahr und einer schriftlichen „Erinnerung“ erhielt die BfU, lange nach Ablauf der erbetenen Frist, eine gemeinsame Antwort auf sechs Fragen zum Thema „Belastung durch den fortschreitenden Flughafenausbau“:

- 1.) Wie stehen Sie zu dem weiteren Ausbau des Flughafens (Terminal 3) ?
- 2.) Ist für Sie beständiges Wachstum ein wirtschaftliches Grundgesetz?
- 3.) Wie wollen Sie die Bevölkerung vor weiterer und bereits bestehender (!) Belastung durch Fluglärm und Emission aus Flugzeugturbinen schützen?
- 4.) Wie stehen Sie zu dem Wertverlust des Eigentums durch den Fluglärm und wie wollen Sie diesem Umstand entgegenwirken?
- 5.) Wie soll zukünftig mit dem Thema „Belastung der Bevölkerung durch Flugverkehr“ im Stadtparlament umgegangen werden?
- 6.) Ist es in Ihren Augen richtig, dass es durch die Stadt Hattersheim keine öffentlichen Stellungnahmen bezüglich Fluglärm gibt (damit mögliche negative Auswirkungen auf die Ansiedlung flughafennaher Industrie vermieden werden) ?

Warum brauchen Antworten auf langfristig vorhandene Probleme überhaupt so lange? Warum waren (Zitat) „*im Vorfeld unzählige Abstimmungen*“

und Gespräche notwendig um Antworten zu formulieren? Hat man sich zuvor in den Fraktionen niemals selbst solche Fragen gestellt? ...und ist eben genau dies der Beweis dafür, dass Fragen zum fortwährenden Ausbau des Flughafens im Hattersheimer Stadtparlament eben nicht mit der entsprechenden Sorgfalt behandelt werden?

Die einzige Ausnahme machten B'90/Die Grünen, die selbstbestimmt den Dialog mit der BfU gesucht und die Fragen ohne Abstimmung mit anderen Fraktionen zeitnah beantwortet haben.

Nachdem auf der 40 Jahr Feier der BfU, Fr. Köster (SPD) und Hr. Pohl (B90/Die Grünen) mit den neuesten Entwicklungen des Fluglärms im Stadtteil Eddersheim konfrontiert wurden, kam auf einmal wieder frischer Wind ins Spiel. Auf Initiative von B'90/Die Grünen, zusammen mit dem Koalitionspartner SPD, wurde ein Antrag im Stadtparlament zur Verhinderung des weiteren Fluglärmanstiegs eingebracht. Auf einmal wollten auch die anderen Parteien wieder mit dabei sein, und hätten es gerne gesehen, wenn der Antrag auch im Namen ihrer Partei verfasst worden wäre.

Hat man da etwa den herbeieilenden Wahlkampf verschlafen und ist erst jetzt aufgewacht? ...oder ist man sich doch nicht wirklich sicher was für die Hattersheimer Stadtpolitik wichtiger ist: Die Gesundheit der Bürger zu schützen oder das dringend benötigte Wirtschaftswachstum, um unter dem finanziellen Schutzschirm des Landes nicht im Regen zu stehen? Wie soll man ihn gehen, den schmalen Grat wo man Bürger beruhigt ohne Großunternehmen wie Fraport & Lufthansa vor den Kopf zu stoßen?

Die BfU beobachtet schon sehr lange, dass aus dem Hattersheimer Rathaus und Parlament keine öffentlichen Stellungnahmen mehr kommen.

Die Themen Fluglärm, Luftverschmutzung, weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens und TTIP sind Aspekte welche nur noch dann auf der Tagesordnung des Stadtparlaments landen, wenn Bürgerinitiativen wie die BfU entsprechend öffentlichen Druck aufbauen. Dabei haben die Stadtparlamentarier den gesetzlich verbrieften Auftrag, für das Wohl der Bürger einzutreten.

SPD / CDU / FPD / FWG weisen in ihrem Antwortschreiben auf die schlechte Haushaltslage und auf das „Kostenrisiko“ bezüglich dem (Zitat) *„erfolglosen Einsatz weiterer finanzieller Mittel“* für die juristische Auseinandersetzung mit den Gerichten hin. Soll dies bedeuten, dass auch noch die wenigen, in vorangegangenen Jahren zurückgestellten Gelder für die laufenden Klageverfahren geopfert werden sollen? Wenn dem so ist, wird der Kampf gegen den weiteren Ausbaus faktisch offiziell aufgegeben und der Kopf in den Sand gesteckt!

Dies wäre ein deutliches Zeichen an die darunter leidende Bevölkerung, die potentiellen Wähler und die anderen Städte der Mainschiene, welche früher im Verbund gegen den weiteren Ausbau gekämpft haben.

Auch wenn für neue Klagen kein neues Geld mehr bereitgestellt werden kann, kostet es so gut wie keine finanziellen Mittel durch entsprechende Pressemitteilungen öffentlich Stellung zu beziehen um sich so zumindest moralisch hinter die Belange der betroffenen Bürger zu stellen.

Es war die Absicht der BfU die unterschiedlichen Antworten der fünf im Stadtparlament vertretenen Parteien gegenüberzustellen um vor den kommenden Bürgermeisterwahlen eine entsprechende Entscheidungshilfe bereitzustellen. Aber auch wenn durch die große Koalition von SPD / CDU / FDP / FWG die Bandbreite der Antworten extrem schmal ausfällt, ist in

dieser Pressemitteilung nicht genügend Raum um im Detail darauf einzugehen.

Für interessierte Leser werden wir die beiden Antwortschreiben auf unserer Homepage (www.bfu-eddersheim.de) veröffentlichen.

Dass Fluglärm und Flugzeugabgase krank machen, sogar tödlich sein können, ist medizinisch längst unumstritten. Dass die Krebsrate in Eddersheim mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt ist, lässt sich ebenfalls nicht wegdiskutieren.

Gerade jetzt wo der erste Spatenstich für das neue Terminal erst wenige Tage zurück liegt, muss über die Zukunft der Region gesprochen werden. Immerhin handelt es sich bei Terminal 3 nicht nur um eine neue Abflughalle, sondern um eine Erweiterung zur Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten in der Größe des Hamburger Flughafens! In diesem Punkt wurden unsere Fragen von SPD / CDU / FDP / FWG scheinbar bewusst missverstanden. Der schwarze Peter, die Schuld am weiteren Ausbau, wird hauptsächlich B'90/Die Grünen als neuem Koalitionspartner der Landesregierung zugespield, ohne sich selbst an die eigene Nase zu fassen.

Liebe Hattersheimer Lokalpolitik, beziehen sie öffentlich Stellung zu den Themen Flughafen und TTIP. Kämpfen Sie (auch juristisch) für den Schutz ihrer Bürger und dies nicht nur zum Schein, vor den anstehenden Wahlen!

Der Vorstand
**BfU Eddersheim**
e.V. 1975
Bürgerinitiative für Umweltschutz